

# Generationengerechtigkeit

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und den sich hieraus ergebenden vielschichtigen Herausforderungen und Veränderungen für die Gesellschaft kommt dem Thema „Generationengerechtigkeit“ schon heute eine hohe Bedeutung und Wichtigkeit zu. Aus Sicht der dbb jugend sind hierbei die nachfolgenden drei Punkte von besonderer Bedeutung:

## I. Abwägung allen politischen Handelns

Die heutige Politik und ihre Verantwortlichen sind nicht ausreichend zukunftsorientiert ausgerichtet. Es werden in erster Linie die Interessen der heutigen Generation berücksichtigt. Künftige Generationen können ihre Interessen im politischen Entscheidungsprozess nicht geltend machen. Das Grundgesetz bietet wenig Hilfestellung, da aktuell nur die gegenwärtigen „Rechtssubjekte“ (Generationen) durch unsere Rechtsordnung geschützt werden.

Durch die Folgen des Demografischen Wandels verändert sich auch die Relation zwischen der Bevölkerung im Rentenalter und derjenigen im Erwerbsalter deutlich. Durch die Alterung der Gesellschaft ist eine Veränderung der Machtverhältnisse eingetreten. Die Interessen der jüngeren Generationen werden im politischen Prozess zu wenig berücksichtigt.

Wähler und Wählerinnen sprechen sich eher für eine Aufstockung der Renten als für Bildungs- und Familienleistungen aus. Ausgaben werden entsprechend höher für die ältere

Generation entfallen (Rente, Pflege, Invalidität, Gesundheit) als in Relation zu denen auf die jüngeren Generationen entfallenden Ausgaben (Bildung, Familienförderung).

Die dbb jugend (Bund) fordert eine ökologisch nachhaltige und generationengerechte Politik, die sich als Staatsziel im Grundgesetz wiederfinden muss. Junge Generationen müssen an politischen Entscheidungen stärker teilhaben können. Die dbb jugend (Bund) fordert eine intergenerative Haushalts- und Finanzpolitik, die die Belange der jungen Generation adäquat berücksichtigt.

Das Bundesministerium des Inneren hat 2014 einen Demografie-Check entwickelt, mit dem neue Gesetze und Verordnungsvorhaben auf ihre Auswirkungen überprüft werden sollen. Alle neuen Gesetze und Verordnungen müssen anhand des Demografie-Checks auf ihre Auswirkungen geprüft werden. Das Ergebnis dieser Prüfung (sog. Gesetzesfolgenabschätzung) ist in der Begründung einer Gesetzesvorlage zu

dokumentieren. Der Demografie-Check sollte nicht nur die heutigen Generationen abdecken, sondern auch langfristig die Folgen für die kommenden Generationen abschätzen, als eine Art „Zukunfts-Check“.

Die dbb jugend (Bund) begrüßt die Idee des „Jugend-Checks“. Für die Durchführung braucht es eine entsprechende Personalausstattung. Referenten benötigen Zeit und Raum, um sich mit der Thematik zu beschäftigen und Stellungnahmen zu schreiben. Die zwingende Überprüfung der Stellungnahmen kann durch einen Beirat oder durch Verbände im Rahmen eines qualifizierten Beteiligungsverfahrens erfolgen. Die Auswirkungen der Gesetze müssen fortlaufend auf ihre Generationengerechtigkeit hin evaluiert werden.

Die Sicherung der Zukunft und der Leistungsfähigkeit des Staates muss das primäre Ziel des staatlichen Handelns darstellen. Eine Schuldenbremse bei Bund, Land und Kommunen ist grundsätzlich zwar zu begrüßen, um eine Überschuldung der öffentlichen Haushalte und eine steigende finanzielle Belastung durch den Schuldendienst (Zins- und Tilgung) zu verhindern, jedoch darf diese nicht zum Sparen an den falschen Stellen (z.B. beim Personal) führen und notwendige Investitionen in die Zukunft verhindern.

Keine Generation sollte über ihre Verhältnisse leben und dadurch Lasten in die Zukunft verlagern, sondern durch eine nachhaltige und ausgewogene Haushalts- und Finanzpolitik die Generationengerechtigkeit sicherstellen. Privatisierungen zur Realisierung kurzfristiger Liquiditätsvorteile sind aufgrund der fehlenden Nachhaltigkeit abzulehnen.

Die Sanierung der Staatsfinanzen darf nicht zu Lasten der nachfolgenden Generationen geschehen. Die dbb jugend (Bund) fordert ein generationengerechtes Ausgaben- und Investitionsverhalten des Staates. Die Haushalts- und Finanzpläne müssen den vollständigen Ressourcenverbrauch berücksichtigen und verhindern, dass Defizite auf künftige Generationen übertragen werden.

## **II. Faire Alterssicherung**

Bereits heute ist das Thema Altersarmut in Deutschland von nicht unerheblicher Bedeutung. Immer mehr Menschen sind im Rentenalter auf zusätzliche staatliche Sozialleistungen, wie beispielweise Grundsicherung im Alter, angewiesen. Es ist davon auszugehen, dass die Zahl weiter ansteigen wird, da sich das Rentenniveau perspektivisch weiter absenken wird. Für die heutige Generation droht in diesem Fall auch die Altersarmut.

Die Altersarmut hat dabei viele Facetten. Betroffen können u.a. sein: Die untere Mittelschicht aufgrund von Lücken in der beruflichen Vita, Alleinerziehende, Menschen die aufgrund von Erkrankungen berufs- bzw. erwerbsunfähig werden, Selbstständige und Künstler sowie Personen, die langzeitarbeitslos werden, weil sie keinen neuen Job mehr finden. Mütter die

heute in Rente gehen, Mitarbeiter in einer Teilzeitbeschäftigung oder Frauen mit langen Erziehungszeiten sind ebenfalls exemplarisch zu nennen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes sind von Altersarmut nicht ausgeschlossen. Die unteren Gehaltsgruppen sind am ehesten von Altersarmut betroffen. Auch die häufigen Befristungen oder Zwangsteilzeiten im öffentlichen Dienst forcieren eine Armut im Alter.

Die dbb jugend (Bund) setzt sich dafür ein, dass eine „Lebensleistungsrente“ für eine Grundsicherung eingeführt wird und keine Absenkungen des Rentenniveaus mehr stattfinden. Die Betriebsrenten sollen weiter ausgebaut und staatliche Anreize zur privaten Vorsorge ohne Pflicht erweitert werden. Des Weiteren darf das Renteneintrittsalter nicht weiter angehoben werden.

### **III. Öffentlicher Dienst der Zukunft**

Die Bundesrepublik Deutschland braucht einen starken öffentlichen Dienst – auch in Zukunft! Ein starker öffentlicher Dienst ist ein wichtiger Standortfaktor für jedes Unternehmen und ein Stück Lebensqualität für jeden Bürger. Allerdings wird der öffentliche Dienst den aktuellen Herausforderungen in einigen Bereichen nur noch bedingt gerecht, da häufig das erforderliche Personal fehlt und eine zu hohe Arbeitsbelastung vorhanden ist. Ein großes Problem stellt dabei auch die fehlende Attraktivität des öffentlichen Dienstes als Arbeitgeber gegenüber den jungen Generationen dar. Für junge Menschen ist es nicht nur wichtig, was sie heute und zukünftig verdienen, sondern auch wie sie sich beruflich und privat weiterentwickeln und beides miteinander verbinden können. Befristungen und fehlende Übernahmen bzw. Perspektiven belasten junge Menschen und führen zu Frust und Demotivation. Der öffentliche Dienst benötigt eine positive Außendarstellung und ein positives Image, um als Arbeitgeber attraktiv zu sein. Vorbild hierfür ist die dbb-Kampagne „Die Unverzichtbaren“.

Die dbb jugend (Bund) setzt sich dafür ein, dass dem Stellen- und Personalabbau und der Arbeitsverdichtung im ÖD entgegengewirkt und die erforderlichen Stellen zur Gewährleistung der stetigen Aufgabenerfüllung geschaffen werden. Insbesondere auch das Arbeitsumfeld künftiger (junger) Beschäftigter muss fortwährend verbessert werden. Dieses kann gewährleistet werden durch innovative Wege in der Personalentwicklung und Erfolgsstrategien für das betriebliche Gesundheitsmanagement. Durch spezielle Einarbeitungsbüros, Einführungswochen, fachbezogene Schulungen, Hospitationen und einen sinnvollen Wissenstransfer können junge und neue Beschäftigte erfolgreich eingearbeitet und die Effektivität der Arbeitsleitung aufrechterhalten werden. Die Gesundheitsförderung durch betriebsärztliche Serviceleistungen

gen, Sozialberatungen, aktive Mittags- und Abendgestaltung und verschiedene Präventionsveranstaltungen tragen ebenso zu einer Attraktivitätssteigerung bei, wie flexible Arbeitszeitmodelle und Behördenkindergärten, um die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Pflege zu vereinbaren. Darüber hinaus sind das Image und die Außendarstellung des öffentlichen Dienstes nachhaltig zu verbessern, um als attraktiver Arbeitgeber den erforderlichen Nachwuchs gewinnen zu können.